

Ratekau

Ratekauer fordern komplett neues Raumordnungsverfahren

Bürgermeister kritisiert Aussagen von Politikern zur 2+1-Trasse zum jetzigen Zeitpunkt.

12.04.2013 22:10 Uhr



Erste Gesichter bei Ratekaus Bürgermeister Thomas Keller (links) und Jürgen Leicher, dem Leiter der Umweltabteilung. © Christina Düvell-Veen

Von **Christina Düvell-Veen**

Ratekau. Herbe Enttäuschung und starke Verwunderung machen sich in der Gemeinde Ratekau breit. Anlass sind die Aussagen von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) und Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) zum Ausbau der Schienenhinterlandanbindung im Zuge des Baus der festen Fehmarnbeltquerung. Ratekaus Bürgermeister Thomas Keller (parteilos) und mit ihm Jürgen Leicher, Leiter der Umweltabteilung, fordern ein neues Raumordnungsverfahren (ROV), da die von den Politikern favorisierte Trasse überhaupt nicht geprüft worden sei.

Ramsauer hatte vor wenigen Tagen in Kiel die 2+1-Trasse befürwortet (die LN berichteten). Dabei geht es um zwei getrennte Bahntrassen im Hinterland des künftigen Fehmarnbelttunnels. Der Fern- und Güterverkehr könnte abseits der Bäder auf einer neuen Eisenbahnlinie entlang der A 1 fließen, und die bestehende Trasse bliebe für den Regionalverkehr erhalten.

Albig hatte — wie berichtet — in einem Schreiben an die Bürgerinitiativen „neue Perspektiven und ihre Entwicklungschancen besonders für Lübeck und Ostholstein“ aufgezeigt, die die feste Fehmarnbeltquerung biete. Vor allem der Zeitpunkt der Aussagen von Ramsauer und Albig habe zu Irritationen geführt, so Keller. „Welchen Wert hat das Ganze, wenn man sich jetzt schon festlegt?“, fragt er und verweist auf die weit über 1000 Einwendungen von Bürgern aus der Gemeinde Ratekau, die an die Landesplanung geschickt wurden. „Die Menschen verbinden mit ihrer Anhörung eine Menge Hoffnung, und sie glauben, dass ihre Schreiben irgendeinen Effekt erzielen“, so Keller im LN-Gespräch. Es dränge sich jetzt die Frage auf, welchen Einfluss die Bürgerbeteiligung habe, wenn noch vor Durchsicht und Prüfung der zahlreichen Einwendungen, die letztlich die

berechtigten Befürchtungen der Menschen vor Ort widerspiegeln, Aussagen und Forderungen zu Trassenführung von Bund und Land veröffentlicht werden.

Auch die Äußerungen von Albig könnten nicht nachvollzogen werden, da sie sich nicht aus den Unterlagen zum ROV ergäben. Vielmehr würden erhebliche Beeinträchtigungen und Nachteile für die in Ostholstein lebenden Menschen mehr als deutlich. Keller: „Auch bei der 2+1-Variante werden allein im südlichen Ostholstein rund 20 000 Menschen betroffen sein.“ Mit dem Raumordnungsverfahren sollten Raumwiderstände ermittelt und die Raumverträglichkeit des Vorhabens geprüft werden. Obwohl die insgesamt 9000 Einwendungen noch nicht annähernd ausgewertet worden seien, forderten führende Politiker nun eine alternative Trassenkombination, die nicht Gegenstand der Antragsunterlagen, also auch nicht der eingereichten Gutachten sei. Deren Auswirkungen seien im Vergleich zu anderen Varianten bislang überhaupt nicht ermittelt worden seien, so Keller und Leicher. Sie berufen sich auf die sogenannte Antragskonferenz im Juni 2010, in der der Untersuchungskorridor und der Untersuchungsrahmen festgelegt wurden. In einem Festlegungsprotokoll vom November 2010 durch die Landesplanung an die Deutsche Bahn wurden die zu untersuchenden Trassenvarianten bestimmt, aus denen im ROV eine Vorzugstrasse ermittelt werden soll. Keller: „Die 2+1-Trasse war dabei nicht vertreten.“

Auch in der Betroffenheitsanalyse, in Auftrag gegeben vom Kreis und von den betroffenen Kommunen, sei diese Variante nicht angedacht worden. Kellers Forderung: „Es muss umfangreich neu untersucht, der Variantenvergleich entsprechend wiederholt und die Beteiligung der Öffentlichkeit erneut durchgeführt werden.“ Der Verwaltungschef gibt sich kämpferisch: „Wir geben nicht auf.“




„Wir geben

nicht auf.“


Ratekaus Bürgermeister

Thomas Keller (parteilos)

Christina Düvell-Veen

 ([/facebook-info](#))   0

  0

 ([/Lokales/Ostholstein/Messehallen-im-Pflanzenmarkt](#))

Voriger Artikel ([/Lokales/Ostholstein/Messehallen-im-Pflanzenmarkt](#))-in-Untersteinrade-Scheune-mit-Oldtimern-abgebrannt)

KOMMENTARE (1)

bemasie 13.04.2013

Sofortiger Stop des ROV erforderlich (<http://forum.in-online.de/showthread.php?t=569053&page=1#2>)

Man kann BGM Keller (Ratekau) hier voll und ganz zustimmen. Die sogenannte 2+1 Lösung ist nicht Bestandteil der vorliegenden Antragsunterlagen und somit auch nicht Gegenstand der ca. 9000 Stellungnahmen. Wenn sich zum jetzigen Zeitpunkt Herr Albig und Herr Ramsauer für eine derartige Lösung stark machen und sehr weit aus dem Fenster lehnen, ist die von der Landesplanung vorgegebene ergebnisoffene Untersuchung nicht mehr gewährleistet und als Konsequenz bleibt nur: Sofortiger Stop des ROV !
Alles andere würde das Verfahren zur reinen Farce degradieren und ein Schlag in das Gesicht der Bevölkerung.